

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/126: 01.04.1924 – 31.12.1928

01.04.1924

Deutsches Reich: Der Volksgerichtshof München I beendet am 1. April 1924 den Strafprozeß (vom 24. Februar bis zum 1. April 1924) gegen Hitler. Der Hochverräter Hitler wird lediglich zu 5 Jahren Festungshaft (damalige Mindeststrafe für Hochverrat) verurteilt.

Da Hitler noch österreichischer Staatsbürger ist, hätte der Ausländer Hitler gemäß Republik-schutzgesetz § 9 Abs. 2 sofort ausgewiesen werden müssen. Die bayerischen Richter verzich-ten jedoch wegen der "ehrenhaften, patriotischen Einstellung" auf Hitlers Ausweisung.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Hitler-Prozeß" (x051/265-266): >>Hitler-Prozeß, Strafprozeß vor dem Münchener Volksgericht vom 24.2.-1.4.24 gegen zehn führende Teilnehmer des Hitlerputsches: Hitler, Ludendorff, Röhm, Frick, Pöhner, Kriebel, F. Weber, R. Wagner, Brückner und Pernet; die Anklage lautete auf Hochverrat.

Nach dem zu Gunsten der Angeklagten parteilichen Gerichtsverfahren (sie hatten reichlich Gelegenheit zu heftigen Angriffen gegen die Weimarer Republik, man billigte ihnen ehrenhaf-te Motive zu) wurden Hitler, Pöhner, Kriebel und Weber zur gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft (mit Aussicht auf baldige Strafaussetzung zur Bewährung) verurteilt, Röhm, Frick, Wagner, Brückner und Pernet zu 15 Monaten Festungshaft mit Bewährung. Lu-dendorff wurde unter Würdigung seiner Verdienste als Feldherr im Ersten Weltkrieg freige-sprochen.

Das Urteil gegen Hitler, der damals noch österreichischer Staatsbürger war, verstieß gegen § 9, Abs. 2 des Republikschutzgesetzes, der die Ausweisung eines wegen Hochverrats verurteil-ten Ausländers aus dem Deutschen Reich vorschrieb.

Nach rund einjähriger Haft in der Festung Landsberg am Lech wurde Hitler am 20.12.24 ent-lassen.<<

Hitler wird nach seiner Verurteilung in der Festung Landsberg am Lech interniert. Während der Haft diktiert der "Vorzugshäftling" Hitler seinem "Schreiber" Rudolf Heß den 1. Teil sei-ner Rechenschafts- und Programmschrift "Mein Kampf" (eine Sammlung von bisherigen Par-tei- und Hetzreden).

29.04.1924

Polen: Der polnische Staatspräsident Stanislaw Wojciechowski (1869-1953) erklärt am 29. April 1924 während der Eröffnung der Posener Messe (x309/38): >>Um als Großmacht exi-stieren zu können, muß Polen die Vereinigung aller polnischen Länder haben. Man muß sa-gen, daß wir noch nicht alles erreicht haben, daß noch nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Lebens unerläßlichen Zentren mit der Mutter vereinigt sind. Ich glaube aber an die große Macht polnischer Arbeit und polnischer Kultur, die uns erlauben wird, mit der Zeit das zu erreichen, was wir bisher nicht erreicht haben. ...<<

29.08.1924

Deutsches Reich: Reichskanzler Wilhelm Marx (1863-1946) kritisiert am 29. August 1924

während einer offiziellen Kundgebung die deutsche Kriegsschuld gemäß § 231 des Versailler Vertrages (x034/232): >>... Die Reichsregierung erklärt, ... daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. ... (Das deutsche Volk müsse befreit werden) von der Bürde dieser falschen Anklage.<<

Der Reichsrat nimmt gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung am 29. August 1924 die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen.

Das Deutsche Reich soll bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88). Als Starthilfe erhält das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800 Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten.

Der Dawes-Plan sieht vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren sind. Mit Hilfe des Dawes-Planes sollen die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden.

Das Deutsche Reich muß die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/44). Die deutsche Reichsbank wird außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

Charles G. Dawes (1865-1951, nordamerikanischer Bankier und Politiker, "Business, not politics") erhält für die Leitung des internationalen Ausschusses im folgenden Jahr den Friedensnobelpreis.

Im "Dawes-Plan" von 1924 heißt es z.B. (x128/120-121): >>... Je mehr es gelingt, die Zahlungen automatisch, geregelt und unabhängig von den Schwankungen gegenüber der Reparationsfrage zu gestalten, um so weniger Reibungen werden entstehen und um so größer wird die tatsächliche Stabilität des deutschen Staatshaushalts sein.

Letzten Endes ist die beste Sicherheit für die Zahlung das Interesse der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, ehrlich eine Last auf sich zu nehmen, von der die Welt überzeugt ist, daß sie die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit nicht übersteigt, und so rasch als möglich eine Last abzutragen, die schwer ist und schwer sein soll.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Dawes-Plan" (x051/109): >>Dawes-Plan, Maßnahmenkatalog der Reparationskommission nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ziel, die dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen (Festlegung 19.3.23 auf 226 Milliarden Goldmark) auf die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands abzustimmen.

Der Dawesplan beruhte auf einem Gutachten des amerikanischen Bankiers C. G. Dawes (1865-1951; Friedensnobelpreis 1925) vom 9.4.24, der als Voraussetzung weiterer deutscher Leistungen die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft und unter Anspielung auf Frankreich die Einstellung der "Faustpfandpolitik" (Ruhrkampf) forderte.

Er sah jährliche deutsche Zahlungen von 1-1,75 Milliarden für eine Übergangszeit von vier Jahren und später von 2,5 Milliarden Goldmark vor; das Reich erhielt einen Stützungskredit von 800 Millionen Goldmark und verpfändete dafür seine Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern; Frankreich verpflichtete sich zur Räumung des Ruhrgebietes binnen zwölf Monaten.

Der am 16.8.24 in London geschlossene Vertrag passierte am 29.8.24 den Reichstag und trat zwei Tage später in Kraft. Die Folge war eine politisch-psychologische Entspannung in Deutschland und Europa, eine zunehmende Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit amerikanischem Kapital und eine stetig wachsende Auslandsverschuldung.

1930 wurde der Dawesplan durch den von der NSDAP heftig bekämpften Youngplan ersetzt,

der die Gesamthöhe der Reparationen auf 34,5 Milliarden Mark (zahlbar bis 1988) herabschraubte.<<

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über den "Dawes-Plan" (x286/42-43): >>... Nach der großen Inflation von 1920/23 und einem Moratorium wurde 1924 ein neuer Plan ausgeheckt. Diesmal unter Federführung eines Profis, des amerikanischen Bankiers Charles Dawes (1865-1951). Der argumentierte wie ein Bankier: Erst die Sau mästen, bevor sie abgestochen wird. So bekam Deutschland gleich einen "Stabilisierungs-Kredit" über 800 Millionen, der zog weitere Gelder ins Land. Aus diesen Geldern konnten auch zunächst die Zahlungen geleistet werden: jährlich bloß noch 2,4 Milliarden Goldmark. Dawes bekam für sein Kunststück den Friedensnobelpreis.

Deutschland war Zahlmeister geworden, aber einer, der den Leuten nur jenes Geld wiedergab, das man dem Zahlmeister geliehen hatte.

Das ging schief ... Die deutsche Handelsbilanz war passiv wie eh und je. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die Exporte von 10 auf 12,3 Milliarden Mark. Die Importe aber stiegen von 9 auf 14 Milliarden. 1929 sah es wieder mal nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz aus – aber die Freude war kurz. Die Weltwirtschaftskrise startete, die deutsche Wirtschaft, basierend auf kurzfristigen Krediten, schrumpfte wie ein alter Apfel. Die bangen Fragen der Kreditgeber wurden drängender, die Kredite schließlich abgezogen. Das Ende war die Pleite.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputt schießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.

... Im ... Jahr (1924) ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der (in dem seinen Namen tragenden Plan) für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.

Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.

Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.

Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<

Herbert Ludwig berichtet später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/...): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**

... Die Finanzelite formiert sich

Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinen des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co.

Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.

Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, *"von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten."* Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.

Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

Die Reparationszahlungen

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld (nämlich amerikanischer Investoren) an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel."*

Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre (eigenen) Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.

Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.

"Was an dem System nicht stimmte, war nur,

a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den

Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. *"Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinelbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.

Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. *"Drei Häuser - Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co und National City Company - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."*

Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.

"Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."

So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.

"Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht."

Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil

(von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.

"Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab." 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.

Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter *"saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."*

Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.

Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35. Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.

Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.

"Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."

Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. *"Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer (späteren) kriegerischen Konfrontation ... wieder niederzuwerfen."*

Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"böser Frankenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb."* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/38-39): >>Das Netz der Dulles-Brüder

_ von Karel Meissner

Die Schattenregierung (1920 bis 1945): Die feinsten Adressen der US-Hochfinanz kooperierten mit Hitler - bevor sie sich mit Präsident Roosevelt auf einen Pakt einigten.

Halbwegs gebildete Zeitgenossen erinnern sich an die Blutspuren auf der angeblich makello-

sen Weste der US-Demokratie: Die Morde an John F. Kennedy und seinem Bruder Bobby. Watergate und die Iran-Contra-Affäre. Die unzähligen Kriege mit den Höhepunkten in Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan. Attentate und Putsche in anderen Ländern. Operationen unter falscher Flagge wie der 11. September 2001.

Alle diese Ereignisse lassen sich auf ein Netzwerk zurückführen, das demokratiefeindliche Kreise in der US-Oligarchie schon in den 1920er Jahren knüpften und das später Teile des Geheimdienstes CIA und Spezialkommandos der US-Armee kontrollierte.

Profitmaschine Versailles

Die Schöpfer dieses Netzwerkes sind die Brüder Allen und John Foster Dulles. In den 1950er Jahren sollte der erstgenannte CIA-Chef, der andere US-Außenminister werden. Ihre Karriere begann aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei half ihnen ihr familiärer Hintergrund: Ihr Großvater John Watson Foster hatte das State Department geleitet und ihr Onkel, Robert Lansing, war unter Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) ebenfalls im Außenministerium gewesen.

John Foster Dulles war der juristische Berater der US-Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919. Dort knüpfte er erste Kontakte zu den US-amerikanischen Großbanken, insbesondere zum führenden Geldhaus von J. P. Morgan. Ein Jahr später arbeitete sein Bruder Allen für das State Department in Berlin und lernte einen gewissen Hjalmar Schacht kennen. Drei Jahre später wurde dieser Schacht zum ersten Mal Reichsbankpräsident und schaffte das Kunststück, die Hyperinflation zu stoppen.

1924 handelte er mit US-Vertretern einen Modus zur Umschuldung der deutschen Reparationszahlungen aus, den sogenannten Dawes-Plan. Mit am Konferenztisch der Washingtoner Delegation saß der Versailles-erprobte John Foster Dulles. Kurz gesagt, sah der Dawes-Plan vor, daß US-Finanzhäuser Deutschland das Kapital leihen sollten, mit dem die Weimarer Demokratie die Kriegsschulden zurückzahlen könnte. So begann die Scheinblüte der Goldenen Zwanziger - eine gewaltige und für die Gläubiger hochprofitable Blase, die am Schwarzen Freitag 1929 platzen sollte.

"Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen."

US-Botschafter Dodd

Zur Schaltstelle der US-Kreditvergabe an Deutschland wurde die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell, und an den entscheidenden Schaltern dieser Kanzlei saßen die Gebrüder Dulles. Über sie liefen die Geldströme zwischen der Wall Street und der Weimarer Republik. Zu ihren Kunden gehörten die feinsten Adressen: die Rockefellers mit ihrer Chase National Bank, der Eisenbahnkönig Averell Harriman sowie die Investmentbanken J. P. Morgan und Goldman Sachs.

Diese Geschäftsbeziehungen wurden auch nach der Machtergreifung der Nazis fortgeführt. "In den dreißiger Jahren hielten beide ihre schützende Hand über US-Unternehmen in Deutschland wie General Motors, ITT oder Standard Oil. ... Die IG Farben, die Dresdner Bank und die Vereinigten Stahlwerke von Flick und Thyssen gehörten zu ihren Klienten, dazu einige deutsche Provinzregierungen", faßt Mathias Bröckers in seinem Buch *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* zusammen.

War das business as usual - oder heimliche Sympathie für die Nazis? Zumindest bei John Foster Dulles sprechen Indizien für Letzteres. Im März 1936 trug er an der Universität Princeton vor, die Machtübernahme von Mussolini und Hitler sei Teil eines "unvermeidbaren Kampfes zwischen diesen neuen dynamischen Nationen und statischen Nationen wie England und Frankreich". Es sei besser, die Konterrevolutionen in beiden Ländern zu akzeptieren, als Krieg zu führen. Wenn man Hitler nachgebe, seien die derzeitigen Exzesse eine vorübergehende Phase. Nur folgerichtig war, daß John Foster im Weiteren die USA zur Zurückhaltung auf dem europäischen Kriegsschauplatz mahnte und öffentlich Präsident Franklin D. Roosevelt

als "Kriegstreiber" beschimpfte.

Allen Dulles hatte Adolf Hitler zum ersten Mal bereits Mitte der 1920er Jahre getroffen, und zwar auf Vermittlung von Konzernboß Fritz Thyssen. Dieser gehörte später zu den Geschäftspartnern, deren Interessen die Dulles-Brüder anwaltlich vertraten - auch dann noch, als Thyssen dem Nazi-Führer 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club den Weg ins Kanzleramt geebnet hatte.

Im Laufe der Jahre wuchsen die US-Investitionen in Deutschland an - von 1929 bis 1940 um beinahe 50 Prozent. Der Berliner US-Botschafter William E. Dodd warnte bereits 1937 in der New York Times: "Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nah einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Nazi-Regime sind. Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen, und sie sind darum bemüht, ihn dort zu halten."

Der Putsch von Morgan & Co.

Dodds Rede über die Versuche einer "Clique von US-Industriellen, unsere demokratische Regierung durch einen faschistischen Staat zu ersetzen", waren nicht metaphorisch gemeint. Am 4. März 1933 war tatsächlich ein Attentat auf den Präsidenten Franklin D. Roosevelt durchgeführt, 1934 ein faschistischer Putsch vorbereitet worden. Von dem Kongreß-Ausschuß für unamerikanische Umtriebe wurde der Umsturzversuch untersucht und ausführlich dokumentiert. Das politische Resümee lautete, daß einflußreiche Kreise mittels einer faschistischen Massenorganisation eine Diktatur in den USA errichten wollten.

Bei dieser Organisation handelte es sich um die im August 1934 gegründete American Liberty League (ALL). Im Vorstand dieser Organisation waren die Spitzen der Hochfinanz vertreten: J. P. Morgan, DuPont, Andrew Mellon, William S. Knudsen von General Motors, Joseph N. Pew jr. von Sun Oil. Mit der ALL waren mehrere Terrorgruppen assoziiert, die den Aufstand militärisch vorbereiteten. Dieser politische Eklat wurde heruntergespielt und - auch vom Präsidenten - unter den Teppich gekehrt. Roosevelt mußte sich mit seinen potentiellen Mördern arrangieren.

Der Großvater von George W. Bush wurde wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland verurteilt.

Einige der amerikanischen Nazi-Helfer gerieten immerhin nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 ins Visier der eigenen Justiz. Darunter John Prescott Bush, Vater des späteren 41. und Großvater des späteren 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, damals Teilhaber des Eisenbahnkönigs Harriman. Wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland wurden nach dem Kriegseintritt der USA seine Anteile an der Union Banking Corporation vom Staat konfisziert.

Die Dulles-Brüder hingegen fielen nach oben. Sie stehen für die Pragmatiker unter der pro-deutschen Fraktion des US-Establishments, die sich mit Präsident Roosevelt abfanden, nachdem der Putsch von 1934 gescheitert war. Ihr Zugeständnis bestand darin, sich nicht mehr gegen den populären Präsidenten zu stellen, sondern sich in die Kriegsanstrengungen einzuklinken. Roosevelt seinerseits mußte den beiden zugestehen, möglichst viel aus der Hinterlassenschaft der Nazis zu retten und für die US-Nachkriegspolitik nutzbar zu machen.<<

1924

Deutsches Reich: Nach dem "wahnsinnigen Billionenrausch" der Jahre 1922-1923 rafft sich Deutschland im Jahre 1924 zwar wieder mühsam auf, aber die astronomischen Reparationsforderungen führen langfristig zum wirtschaftlichen Ruin des Deutschen Reiches.

Bis 1924 erarbeitet die Reichswehrführung die erforderlichen Grundlagen für eine geheime Erweiterung der deutschen Reichswehr (x098/52).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Reichswehr" (x051/487-488): >>Reichswehr, Bezeichnung für die Streitkräfte des Deutschen Reiches 1919-35, gemäß

Versailler Vertrag bestehend nur aus Heer (100.000 Mann) und Marine (15.000 Mann), da Luftrüstung untersagt war.

Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche stellte die Reichswehr wegen des hohen Ausbildungsstands ihrer Berufssoldaten als Kerntruppe für eine spätere große Armee ein beachtliches militärisches Instrument dar, das wegen des Verbots von Angriffswaffen (Panzer, Kampfgas, U-Boote u.a.) mit geheimen Aufrüstungsmaßnahmen ausgebaut wurde in Zusammenarbeit mit der Roten Armee (ab 1924 Panzerschulung, ab 1930 Luftwaffenausbildung).

Die Reichswehr stand unter dem Oberbefehl des Reichspräsidenten, dessen Verfügungen aber vom Reichswehrminister (1919/20 Noske, bis 1928 Geßler, bis 1932 Groener, dann bis zur Machtergreifung Schleicher und danach Blomberg) gegengezeichnet werden mußten. Militärische Führer waren der Chef der Heeresleitung (1919/20 Reinhardt, bis 1926 Seeckt, bis 1930 Heye, dann Hammerstein-Equord) und der Chef der Marineleitung (1919/20 Trotha, bis 1924 Behncke, bis 1928 Zenker, dann Raeder).

Gebildet aus ehemaligen Angehörigen des kaiserlichen Heeres und der kaiserlichen Marine, aus Freikorps und sonstigen Freiwilligen, war die Reichswehr von antirepublikanischem Geist geprägt, hielt sich aber während der ersten Krisenjahre an den Verfassungsauftrag.

Nach Hindenburgs Amtsantritt als Reichspräsident (1925) keimten in der Reichswehr Hoffnungen auf einen neuen autoritären Staat, die in der Zeit der Präsidialkabinette neuen Auftrieb bekamen.

Zwar war Hitler nicht unbedingt der Mann der Reichswehr, die er intensiv umwarb, doch wurde seine Machtübernahme begrüßt, zumal er sofort Schritte zur Aufrüstung ankündigte (Rede vor Reichswehrgenerälen am 3.2.33). Nach der Entmachtung der SA und der Liquidierung ihrer Volksmilizpläne in der Röhmer-Affäre (30.6.34) machte die Reichswehr endgültig ihren Frieden mit dem nationalsozialistischen Regime und führte die Vereidigung der Soldaten auf Hitler persönlich ein. Seit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (16.3.35) hieß sie offiziell Wehrmacht.<<

UdSSR: Nach einer statistischen Ermittlung eines britischen Historikers fallen der kommunistischen Revolution von 1917 bis 1924 folgende Personen zum Opfer (x046/169): >28 Bischöfe, 1.219 Geistliche, 6.000 Professoren und Lehrer. 9.000 Doktoren, 12.950 Grundbesitzer. 54.000 Offiziere, 70.000 Polizisten, 193.290 Arbeiter, 260.000 Soldaten, 355.250 Intellektuelle und Gewerbetreibende, 815.000 Bauern.<<

Schweiz: Der Völkerbund erkennt im Jahre 1924 die gewaltsame völkerrechtswidrige Annexion des ostpreußischen Memelgebietes durch Litauen an (eindeutiger Vertragsbruch der Versailler Abmachungen).

Frankreich: Aufrechte Vorkämpfer für Völkergemeinschaft und Frieden, wie z.B. Leon Blum (1872-1950, Sozialist, mehrfach französischer Ministerpräsident), Romain Rolland (1866-1944, französischer Schriftsteller, Nobelpreis 1915) und viele andere französische Politiker, Schriftsteller und Wissenschaftler kritisieren im Jahre 1924 die völkerrechtswidrige Behandlung der Minderheiten in Polen.

In einem Protestschreiben von französischen Schriftstellern und Politikern heißt es z.B. (x024/44): >>Eine Woge des Terrors rollt über Polen hinweg. Die Presse kann kaum davon sprechen, da sie geknebelt ist.

Es handelt sich um ein Polizeiregime in all seiner Schrecklichkeit und in seinen wilden Unterdrückungsmaßnahmen. Die Gefängnisse der Republik umschließen heute einige tausend politische Häftlinge, von ihren Kerkermeistern mißhandelt, beleidigt, mit Riemen und Stöcken geschlagen.

Das Leben, das man ihnen aufzwingt ist derartig, daß in zahlreichen Gefängnissen die Gefangenen den Tod der langsamen Marter, der sie unterworfen sind, vorziehen. ...<<

USA: Im Jahre 1924 erhalten alle nordamerikanischen Ureinwohner die US-Bürgerrechte zu-

erkannt (x075/56). Die katastrophale wirtschaftliche Lage der nordamerikanischen Ureinwohner ändert sich jedoch nicht.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Rechtsstellung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten im 20. Jahrhundert (x068/70-71): >>... Doch noch immer durften viele Indianer nicht wählen. Noch 1940 verweigerten ihnen sieben nordamerikanische Staaten dies Recht. Und der weitaus größte Teil der Indianer vegetierte auch weiterhin in großer Armut.

Noch in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts betrug das durchschnittliche Einkommen einer nordamerikanischen Indianerfamilie 1.500 Dollar pro Jahr; waren weit mehr als die Hälfte aller Indianer der USA dauernd oder oft ohne Arbeit; stieg die Arbeitslosigkeit in einigen Reservationen bis auf 86 %; blieben 90 % ihrer Wohnungen unter dem Standard; fehlte fließendes Wasser bei 80 %, war das aus Bächen und Gräben herbeigeschleppte Wasser, nach amtlichen Feststellungen, "möglicherweise gesundheitsschädlich"; war Krankheit durch Tuberkulose bei Indianern sieben- bis achtmal häufiger als bei weißen Amerikanern, war die Kindersterblichkeit doppelt so hoch, die Lebenserwartung überhaupt 42 Jahre, bei den Indianern Arizonas sogar nur 30 Jahre.

Kommentar überflüssig.

Natürlich suchte man den traurigen Rest der Rothäute nun durch gewisse Segnungen der amerikanischen Zivilisation und Kultur zu beglücken, drängte man ihm Schulen auf. Aber, gesteht Jesuit John F. Bride, "wir haben auf die indianische Mentalität nicht den geringsten Eindruck machen können." Immerhin ein erfreuliches Resultat.

Und in einer Hinsicht erzielten die US-Lehrmethoden trotz allem oder vielmehr wegen allem sogar einen Aufsehen erregenden Rekord. Sind doch, nach Dr. Dan O'Connel, einem weißen Psychiater und Berater der Association of Indian Affairs, die Selbstmordziffern der indianischen High-School-Studenten mehrere hundert Mal höher als im Durchschnitt der Nation.

...<<

1925

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie auch noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden.

Rosa Luxemburg (1870-1919, polnische Politikerin)

10.01.1925

Frankreich: Am 10. Januar 1925 weigert sich Frankreich, die "Kölner Zone" fristgerecht zu räumen.

27.02.1925

Deutsches Reich: Im Münchener Bürgerbräukeller erfolgt am 27. Februar 1925 die Neugründung der NSDAP.

28.02.1925

Deutsches Reich: Friedrich Ebert (1871-1925, 1. deutscher Reichspräsident der Nachkriegszeit, ein pflichtbewußter sozialdemokratischer Politiker) stirbt am 28. Februar 1925 überraschend an den Folgen einer nicht rechtzeitig behandelten Blinddarmentzündung.

Mit Friedrich Ebert (ein "einfacher Sattlergeselle", der wegen seiner Herkunft oftmals verspottet wurde) verliert das Reich einen gütigen, maßvollen Staatsmann und treuen Hüter der Verfassung.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann schreibt damals über seinen ehemaligen parteipolitischen Gegner Friedrich Ebert (x059/52): >>Der Tod des ersten deutschen Reichspräsidenten reißt eine Lücke, von der bis heute niemand weiß, wer sie ausfüllen soll. In schwerster Zeit hat der Reichspräsident sein Amt mit Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer

Klugheit verwaltet. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 26.02.2005) über Friedrich Ebert (x887/...): >>**Weimars erster "Ersatzkaiser"**

Friedrich Ebert erblickte am 4. Februar 1871 als Sohn des Schneidermeisters Karl Ebert und dessen Ehefrau Katharina in Heidelberg das Licht der Welt. Nach einer Sattlerlehre kam er auf Gesellenwanderschaft 1889 in Mannheim mit der sozialistischen Bewegung in Kontakt und trat der SPD bei, deren Vorsitzender er nach August Bebels Tod 1913 wurde.

Nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges setzte Ebert die Zustimmung zu den Kriegskrediten in seiner Partei durch und hielt auch in der Folge die SPD auf "Kurs". Zwei seiner Söhne fielen und der dritte wurde schwer verwundet. Ebert unterstützte die deutschen Kriegsanstrengungen. "Es ist die Pflicht der Arbeiter, den Soldaten an der Front die Waffen zu liefern", gehört ebenso zu den bemerkenswerten Zitaten des sozialdemokratischen Vernunftmonarchisten wie: "Ich hasse die Revolution wie die Pest und wie die Sünde, und wir tun alles, um sie zu vermeiden."

Auch Prinz Max von Baden, Deutschlands letzter vom Kaiser berufener Reichskanzler, wollte eine blutige Revolution vermeiden. Am 9. November 1918 verkündete er deshalb die Abdankung Wilhelms II. und erklärte Ebert als Vorsitzenden der Partei mit den meisten Reichstagsmandaten zu seinem Nachfolger als Regierungschef.

Die Revolution nahm trotzdem doch zumindest insoweit ihren Lauf, als einen Tag später ein revolutionärer Rat der Volksbeauftragten aus Vertretern der SPD und deren linker Abspaltung USPD gebildet wurde. Deutschlands seinerzeit beliebteste und mächtigste Partei hatte nun die Wahl. Sie konnte mit den Kräften links von ihr die Revolution fortsetzen und ein Räte-system installieren oder mit den Kräften rechts von ihr die Revolution beenden und die parlamentarische Demokratie einführen. Die SPD entschied sich unter dem Einfluß ihres Vorsitzenden für den zweiten Weg.

Mit der Weimarer (Republik) wurde eine überwiegend bürgerliche Republik geschaffen. Zu deren Präsidenten wählte die aus freien Wahlen hervorgegangene verfassungsgebende Nationalversammlung am 11. Februar 1919 Friedrich Ebert. Entgegen der Weimarer Verfassung, die eine Volkswahl vorsah, verlängerte der Reichstag am 24. Oktober 1922 Eberts Präsidentschaft um eine zweite Amtszeit bis zum 23. Juni 1925, so daß Ebert im Gegensatz zu seinem Nachfolger Paul v. Hindenburg nie vom Volke gewählt wurde.

Ebenso wie in die Präsidentschaft Hindenburgs fielen auch in die Eberts Krisenjahre der Weimarer Republik. Und ebenso wie Hindenburg, der allerdings gemeinhin alleine dafür gescholten wird, nutzte auch Ebert die berühmt-berüchtigten Notverordnungen. Bereits vor der Gründung der Weimarer Republik hatte er sich am 10. November 1918 mit dem sogenannten Ebert-Groener-Pakt die Unterstützung der Waffenträger des Reiches gesichert.

So führte er mit Waffengewalt die Weimarer Republik aus der Krise des Jahres 1923 in ihre sogenannte Blütezeit. Das Ende dieser Scheinblüte auf Pump kam, als die US-amerikanischen Kreditgeber nach dem Schwarzen Freitag ihr Geld zurückforderten, aber da war Ebert schon tot.

Die Arbeitsüberlastung und die ständigen Anfeindungen hatten an Eberts Gesundheit genagt und ließen ihn eine Blinddarmentzündung verschleppen. Ein Blinddarmdurchbruch war die Folge, der ihn am 28. Februar 1925 das Leben kostete.<<

09.03.1925

Deutsches Reich: Während der Reichsratssitzung am 9. März 1925 beschimpfen Abgeordnete der KPD den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert als "Helfershelfer des Großkapitals". Auch die Nationalsozialisten lehnen ein Staatsbegräbnis für das tote Staatsoberhaupt ab.

11.03.1925

Deutsches Reich: Nach der NSDAP-Neugründung (rd. 27.000 Mitglieder) hält sich Hitler

bewußt zurück. Er schickt Gregor Strasser am 11. März 1925 nach Norddeutschland, um dort eine NSDAP-Parteiorganisation zu errichten.

12.03.1925

Deutsches Reich: Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann erklärt am 12. März 1925 in der "Kölnischen Zeitung" (x064/132): >>Es gibt keine Partei in Deutschland von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten, die von ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspreche. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Änderung seiner Grenzen zu ertragen, und nicht den Willen, es zu tun.

Wenn aber Artikel 19 der Völkerbundsatzung ausdrücklich davon spricht, daß unabwendbare Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entwicklung in Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen.<<

26.04.1925

Deutsches Reich: Der bereits 78jährige, parteilose Generalfeldmarschall a.D., Paul von Hindenburg (Kandidat der konservativen und rechten Parteien) wird am 26. April 1925 Nachfolger Friedrich Eberts.

Der neue Reichspräsident von Hindenburg, der bis zu diesem Zeitpunkt ein völlig unerfahrener Politiker ist, erhält im 2. Wahlgang 14,65 Millionen Stimmen, während die Gegenkandidaten Marx (13,75 Millionen Stimmen) und Thälmann (1,93 Millionen Stimmen) erhalten (x034/252).

01.09.1925

UdSSR: Die Komintern setzt durch, daß Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald ermordet) am 1. September 1925 die KPD-Führung übernimmt (x092/813).

Thälmann befolgt loyal die Moskauer Direktiven und unterstützt bis 1933 bedingungslos Stalins Kurs (x030/352).

07.09.1925

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann schreibt am 7. September 1925 einen Brief an den ehemaligen deutschen Kronprinzen, um einige politische Ziele zu erläutern (x149/45): >>... Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens ... Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.

Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenzen in Oberschlesien. Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich. ...

... Daher der (Locarno-) Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantieren und England sowie ... Italien als Garanten der deutschen Westgrenze festlegen soll. ...

Die Sorge für die Auslandsdeutschen spricht für den Eintritt in den Völkerbund.

... Frankreich ist von dem Gedanken des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund durchaus nicht entzückt, während England ihn herbeiwünscht, um Frankreichs bisher überragenden Einfluß in dem Völkerbund entgegenzutreten zu können. ...

Die Frage des Optierens der Entscheidung zwischen Osten und Westen erfolgt durch unseren Eintritt in den Völkerbund nicht. ... Wir können weder zum Kontinentaldegen für England werden, ... noch können wir uns auf ein deutsch-russisches Bündnis einlassen.<<

16.10.1925

Schweiz, Deutsches Reich: Die Ententemächte signalisieren erstmalig während der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925) eine gewisse Verständigungsbereitschaft gegenüber den

Vorschlägen des deutschen Außenministers Stresemann. Am 16. Oktober 1925 werden im Vertrag von Locarno z.B. folgende Festlegungen getroffen:

Endgültiger Verzicht auf Elsaß-Lothringen, Teilräumung des Ruhrgebietes (Frankreich räumt zwar Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, aber die erhoffte Räumung des gesamten Rheinlandes erfolgt nicht), Aufnahme in den Völkerbund, Verzicht auf gewaltsame Änderungen der deutschen Ostgrenzen (aber ausdrücklich keine Anerkennung der deutschen Ostgrenzen).

Der Erste Weltkrieg wird eigentlich erst mit den "Verträgen von Locarno" beendet, aber für das Deutsche Reich kommt diese längst überfällige Friedenspolitik nachweislich zu spät.

Joseph A. Chamberlain (1863-1937, 1924-1929 britischer Außenminister, Friedensnobelpreis 1925) erklärt nach der Vertragsunterzeichnung feierlich (x059/60): >>... Von jetzt ab gibt es weder Sieger noch Besiegte...<<

Der englische Botschafter in Berlin berichtet am 16. Oktober 1925 über den Abschluß des Locarno-Paktes (x256/84): >>Der Locarnovertrag bringt Deutschland gewaltige Vorteile: zuerst die Gleichstellung mit den anderen Großmächten, zweitens das Verschwinden der Kriegskonstellation und der Kriegspsychose und drittens den wirklichen Schutz gegen eine französische Invasion. Dieser Schutz ist von größtem Wert, da Frankreich bewaffnet und Deutschland vollkommen waffenlos ist.

Dieser Vertrag ist eine deutliche Dokumentierung eines grundlegenden Umschwungs, und seine Vorteile sind unbestreitbar. ... Der Pakt zieht Deutschland als einen mit Frankreich und England gleichberechtigten Partner zur Zusammenarbeit an der Erhaltung der westeuropäischen Zustände heran. Auf diese Weise vermindert sich beträchtlich die Gefahr, daß es in den Bannkreis des russischen Kommunismus gerät. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Locarno-Pakt" (x051/360): >>Locarno-Pakt, am 16.10.25 in Locarno (Schweiz) paraphierter und am 1.12.25 in London unterzeichneter Vertrag zwischen Belgien, dem Deutschen Reich, Frankreich und Großbritannien.

Unterzeichner des Locarnopakts waren für Deutschland Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann (der den Locarnopakt in enger Abstimmung mit Großbritannien vorbereitet hatte), für Belgien, Frankreich und Großbritannien die Außenminister Vandervelde, Briand und J. A. Chamberlain und für Italien Ministerpräsident Mussolini.

Inhalt:

1. Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland auf der einen, Belgien und Frankreich auf der anderen Seite; Deutschland erkannte damit förmlich seine im Versailler Vertrag von 1919 festgelegte Westgrenze an, verzichtete also auf Elsaß-Lothringen.
2. Garantie dieser Grenzen durch Großbritannien und Italien.
3. Anerkennung der in Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages festgeschriebenen Entmilitarisierung des Rheinlandes.
4. Gegenseitige Verpflichtung von Deutschland und Belgien sowie von Deutschland und Frankreich, "in keinem Falle" gegeneinander einen Krieg oder (andere) kriegerische Handlungen zu beginnen.
5. Verpflichtung der Vertragspartner, alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln.

Zum Abschluß der Konferenz von Locarno (5.-16.10.) wurden neben dem Locarnopakt ("West-", "Rhein-" oder "Sicherheitspakt") noch je ein gleichlautendes Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich, je ein (von Deutschland anerkannter) Defensivvertrag Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei und je ein gleichlautender Schiedsvertrag Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen ("Ost-Locarno"), durch die das Deutsche Reich auf eine künftige gewaltsame Revision seiner Ostgrenzen verzichtete.

Mit dem Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund am 8.9.26 wurde der Locarnopakt wirksam.

Am 7.3.36 kündigte Hitler den Locarnopakt, befahl die Rheinlandbesetzung und zerstörte damit das "System von Locarno".<<

Die deutsche Historikerin Anneliese Thimme (1918-2005) schreibt später über Stresemanns Außenpolitik (x245/271): >>Stresemann sah in der Europapolitik die große Möglichkeit, die Revision des Versailler Vertrages zu beschleunigen, um Deutschland machtpolitisch wieder das werden zu lassen, was es einstmals war.

Briand im Gegensatz wollte durch den Locarno-Vertrag seine Europa-Politik stabilisieren; Deutschlands Ziel war Gleichberechtigung, Frankreichs Ziel war Sicherheit.

Das eine war also durch die gegebene Situation in sich dynamisch, das andere stagnierend. Hieß es nicht Feuer und Wasser zusammenbringen, um beide Ziele gleichzeitig zu befriedigen? ...<<

18.11.1925

Deutsches Reich: Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar d'Abernon, schreibt am 18. November 1925 über den Vertrag von Locarno (x149/45): >>Der erste und wichtigste Gewinn liegt darin, daß Locarno die Kriegsentente gegen Deutschland beendet. Er bringt Deutschland in das europäische Konsortium (Gesellschaft) der Westmächte und räumt mit der alten diplomatischen Auffassung der Lage auf, die Deutschland als "den bösen Friedensstörer", den "Exponenten (Vertreter) des aggressiven Militarismus" ... betrachtete.

Zu diesem grundsätzlichen Urteil kommen greifbare Ergebnisse ... im besetzten Gebiet. ...

Bei einer unparteiischen Bewertung muß man diesem Gewinn gewisse Verluste entgegensetzen. Der wichtigste darunter ist eine Schwächung oder sogar Aufgabe des Rapallo-Vertrages. ...<<

24.11.1925

Deutsches Reich: Der Reichstag debattiert am 24. November 1925 über die die Annahme der Verträge von Locarno (x243/29): >>... (Wels – SPD): Die west- und mitteleuropäischen Staaten sind wirtschaftlich und politisch heute so eng miteinander verbunden, daß jede politische, jede wirtschaftliche Erschütterung in einem derselben in ihren Folgewirkungen allgemein schwer empfunden wird. ...

Was ... in Europa fehlte, das Bedürfnis nach europäischer Solidarität, das ist heute ein sichtbares Bedürfnis aller europäischen Völker geworden. ...

(Graf Westrap – DNVP): Die Grundgedanken unseres Widerspruchs gegen ... Locarno: Jeder Verzicht auf deutsches Land, jede erneute und freiwillige Anerkenntnis des Versailler Diktats sollte durch ... Verträge ausgeschlossen sein. ...

Deutschland (muß) als Land der Mitte Europas sich seine Handlungsfreiheit und die Möglichkeit seiner Neutralität wahren. ... Wir müssen uns die Freiheit nach Osten freihalten, auch im Hinblick auf die östlichen Grenzen Deutschlands. ...

(Thälmann – KPD): Locarno ist nicht der Versuch, ... durch Abschluß von Verträgen den Krieg zu verhindern, sondern ... der Versuch der Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Konzentration unter der Führung Englands gegen Sowjetrußland und gegen die ... erwachenden unterdrückten Völker im fernen Osten und in Afrika. ...

(Stresemann – DVP): Der Geist von Locarno ... zeigt sich in dem Gedanken der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, in dem Gedanken, das ein Zusammenbrechen Deutschlands eine europäische und eine Weltfrage ist. ... Dieser Geist wird fundiert sein, wenn Idealismus und reale Interessen sich dazu verbinden, den Weg aus dem europäischen Zusammenbruch gemeinschaftlich zu suchen. ...<<

27.11.1925

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt am 27. November 1925 der Annahme der Verträge von Locarno mit 292 gegen 174 Stimmen zu (x243/29)

29.11.1925

Deutsches Reich: Der Deutsche Ostbund verlangt am 29. November 1925 in Berlin eine friedliche Zurückgewinnung der verlorenen deutschen Ostgebiete.

18.12.1925

UdSSR: Stalin erklärt am 18. Dezember 1925 während des XIV. Parteitages der KPdSU (x125/58-59,171): >>Das, was wir eine Zeitlang als eine kurze Atempause nach dem Krieg betrachteten, ist zu einer Atempause geworden, die sich über eine ganze Periode erstreckt. Hieraus entspringt ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte und eine gewisse Periode des "friedlichen Zusammenlebens" der Welt der Bourgeoisie und der Welt des Proletariats. ...

Daher die Aufgabe, die Widersprüche im Lager der Imperialisten in Rechnung zu stellen, den Krieg hinauszuzögern, sich zu diesem Zweck von den Kapitalisten "loszukaufen" und alle Maßnahmen zu ergreifen zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.

Wir dürfen die Worte Lenins nicht vergessen, daß sehr viel für unseren Aufbau davon abhängt, ob es uns gelingen wird, den Krieg mit der kapitalistischen Welt hinauszuzögern, der unvermeidlich ist, den man aber hinauszögern kann, entweder bis zu dem Moment, da die proletarische Revolution in Europa herangereift ist, oder bis zu dem Moment, da die kolonialen Revolutionen vollständig reif geworden sind, oder endlich bis zu dem Moment, da die Kapitalisten einander wegen der Aufteilung der Kolonien in die Haare geraten. ...

Bei Verwicklungen in den uns umgebenden Ländern wird sich vor uns unbedingt die Frage unserer Armee, ihrer Macht, ihrer Bereitschaft als lebenswichtige Frage erheben. ...

Sollte aber der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können - wir werden auftreten müssen, aber wir werden als Letzte auftreten. Und wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte. ...<<

>>... Die Welt ist in 2 Lager gespalten: In das Lager des Imperialismus und das Lager des Kampfes gegen den Imperialismus, an die Spitze der mit dem Imperialismus Unzufriedenen und ihn auf Leben und Tod Bekämpfenden tritt unser Land - die Sowjetunion. ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Stalins Außen- und Rüstungspolitik (x853/...): >>...

Die 1925 von Stalin initiierte Politik des "Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" bedeutete keineswegs die Abkehr vom Ziel der Weltrevolution. Vielmehr hatte die von feindlichen imperialistischen Mächten eingekreiste Sowjetunion nach dem Abebben der "revolutionären Flut", den Unruhen und sozialistischen Umsturzversuchen in Ost- und Mitteleuropa in den Jahren 1918 bis 1923, eine Atempause erhalten, die es für die sogenannte "sozialistische Industrialisierung" zu nutzen galt.

Das eigentliche Ziel der "sozialistischen Industrialisierung" war es, ohne Rücksicht auf die Kosten und die Lebensbedingungen der Bevölkerung, eine leistungsfähige Schwer- und Rüstungsindustrie zu schaffen und die sowjetischen Streitkräfte zu den bestausgerüsteten der Welt zu machen.

Mit dem ersten Fünfjahresplan 1928 bis 1933 wurde in der Sowjetunion die Grundlage für eine riesige Schwer- und Rüstungsindustrie gelegt. Im Rahmen des zweiten und dritten Fünfjahresplanes 1934 bis 1941 produzierte die sowjetische Rüstungsindustrie dann mehr Waffen als die übrige Welt zusammengenommen.

Seit Ende der zwanziger Jahre entwickelten in der Sowjetunion Boris Schaposchnikow, Wladimir Triandafillow und Michail Tuchatschewski eine moderne Militärtheorie, die den Einsatz von massierten Panzer- und Fliegerverbänden für Offensivoperationen vorsah und viel Ähnlichkeit mit dem deutschen Konzept des "Blitzkrieges" hatte. Damit entsprach diese Militärtheorie den politischen Vorgaben des Sowjetstaates. ...<<

22.12.1925

Rumänien: Die rumänische Regierung beschließt am 22. Dezember 1925 ein Gesetz über das nichtstaatliche Schulwesen Rumäniens.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Partikularschulgesetz von 1925 (x007/125E-126E): >>>Das Partikularschulgesetz von 1925

Gesetz über das nichtstaatliche Schulwesen vom 22. Dezember 1925.

Art. 1. Der Unterricht und die Erziehung der Schüler kann außer in Staatsschulen in den Partikularschulen (der Konfessionen, der Gemeinschaften, der Privatpersonen) oder in der Familie geschehen.

Art. 2. Es heißt Partikularschule jede Schule, die auf private Initiative errichtet, geleitet und erhalten wird, sofern sie den Zweck hat, wenigstens 10 Kindern im Durchschnitt pro Klasse Unterricht und Erziehung zuteil werden zu lassen. Im Volksschulunterricht kann die Zahl der Schüler auch die Mindestzahl von 20 pro Schule betragen.

Art. 3. Die Schulen können nur von rumänischen Staatsbürgern errichtet werden: sei es einzeln, sei es, daß sie in kulturellen Gesellschaften oder religiösen Gemeinschaften zusammengeschlossen sind, die als juristische Personen anerkannt sind.

Solche Schulen können nicht errichtet werden von kulturellen Gesellschaften, Mönchsorden und Schulkongregationen, die von Organisationen in anderen Staaten abhängen.

Für Kinder von Staatsbürgern eines fremden Staates können von den betreffenden Gemeinschaften, die vom Staate anerkannt sind, Partikularschulen errichtet werden, in welche aber weder die Kinder von rumänischen Staatsbürgern, noch die Kinder von Untertanen anderer Staaten als dessen, dem die Gemeinschaft zugehört, die die Schule errichtet hat, aufgenommen werden können.

Art. 4. Keine Partikularschule darf anders als auf Grund einer vom Unterrichtsministerium gegebenen Genehmigung (Autorisation) errichtet werden.

Art. 5. Alle Partikularschulen sind der Aufsicht und Kontrolle des Unterrichtsministeriums unterstellt.

Art. 6. Jedwede Partikularschule verkehrt direkt mit den öffentlichen Behörden betreffend alle Fragen der Kontrolle und Aufsicht.

Die Verfügungen grundsätzlicher Art sind vom Ministerium und seinen Organen den betreffenden Schulen sowohl durch die Schulerhalter als auch direkt den Schulen mitzuteilen.

...

Art. 8. Es können als Partikularschulen nicht errichtet werden Lehrer-(innen)- und Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalten sowie Hochschulen mit Universitätscharakter.

...

Art. 15. Absatz 5. In den konfessionellen Partikularschulen können als Professoren auch Personen wirken, die religiösen Orden angehören, sofern sie die in diesem Gesetz vorgesehenen Bedingungen erfüllen. ...

Art. 31. Keine Partikularschule darf Mittel, Unterstützungen und Geschenke jedweder Art aus dem Ausland ohne vorherige Kenntnis und Genehmigung des Unterrichtsministeriums annehmen. Die Übermittlung dieser Mittel muß immer durch Vermittlung des Ministeriums geschehen.

Die Nichtachtung dieser Bestimmung zieht die Sperrung der Schule nach sich. ...

Art. 37. Die Partikularschulen, die von anerkannten Mönchsorden und Schulkongregationen geleitet werden, müssen als Unterrichtssprache die rumänische Sprache benutzen. ...

Art. 110. Die gegenwärtigen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht können im Rahmen dieses Gesetzes ihre Wirksamkeit mit diesem Recht weiter fortsetzen, wenn sie nachweisen, daß sie es vor dem 1. September 1918 gehabt haben oder daß sie dieses Recht durch besondere Autorisa-

tion seit 1918 bis heute erhalten haben. ...

Art. 112. Absatz 2. Für die konfessionellen Partikularschulen und die Religionsgemeinschaften sind als gesetzliche Vertreter die kirchlichen Oberbehörden oder diejenigen der Religionsgemeinschaft, die sie schriftlich dem Unterrichtsministerium anzeigen werden, anzusehen.

Art. 113. Bei Abänderung des Art. 8 wird ausgesprochen, daß die Partikular-Lehrer(innen)- und Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalten, die vor dem 1. Dezember 1918 bestanden und bis heute ohne Unterbrechung in Betrieb gewesen sind, auch in Zukunft weiter bestehen können, sofern sie sich den Bestimmungen des Gesetzes über das Volksschul- und Lehrerbildungswesen sowie denjenigen des gegenwärtigen Gesetzes anpassen; unter denselben Bedingungen kann auch die deutsche katholische Lehrerbildungsanstalt in Temeschburg weiter bestehen.<<

28.12.1925

Polen: Im Rahmen der polnischen "Agrarreform" werden am 28. Dezember 1925 alle deutschen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung enteignet. Die polnischen Großgrundbesitzer schont man.

29.12.1925

Deutsches Reich: Das Auswärtige Amt erklärt am 29. Dezember 1925 zur Polenpolitik und zu den abgetretenen deutschen Ostgebieten (x128/127-128): >>... V. Damit hat sich für die Deutsche Regierung die Notwendigkeit ergeben, zu der Frage der Internationalen Finanzierung Polens Stellung zu nehmen. ... Indessen ist sie sich darüber klar, daß eine finanzielle Sanierung gleichzeitig eine politische Stabilisierung der bisherigen Grenzen Polens bedeutet. Eine finanzielle Sanierung Polens wird gleichzeitig seine politische Energie neu beleben, seinen Chauvinismus stärken und es für alle Erwägungen, die für eine friedliche Bereinigung der streitigen Grenzfrage mit Deutschland sprechen, unzugänglich machen. ...

VI. ... Einer solchen politischen Sanierung kann sie aber natürlich nur zustimmen, wenn die deutsch-polnischen Grenzfragen zuvor bereinigt sind. Daher wird mit einer Finanzsanierung die Frage der Rückgabe der abgetretenen Gebiete an Deutschland brennend. Die Deutsche Regierung kann sich, ehe diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, nicht an einer internationalen finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung Polens beteiligen. ...

VII. Da somit die Grenzfrage angeschnitten ist, sind einige Ausführungen über die deutsche Stellungnahme zu ihr erforderlich.

Zunächst der Umfang der deutschen Rückforderungen. Deutschland erstrebt die Rückgabe Danzigs und des Korridors einschließlich des Netzegaues, also bis zur Linie Schneidemühl - Thorn; es ist aber bereit, an Polen freien Transit auf dem Wasserwege und dem Landwege sowie besondere Vorrechte im Danziger Hafen zu gewähren, Abrundung im Gebiet der früheren Provinz Posen, jedoch so, daß die Stadt Posen mit ihrer Umgebung und die östlich von Posen gelegenen Gebiete polnisch bleiben sollen; Rückgabe der abgetretenen kleinen Gebietsteile in Mittelschlesiens und die Rückgabe Oberschlesiens. ...<<

1925

Deutsches Reich: Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" schreibt im Jahre 1925 über die Politisierung der deutschen Jugend (x269/237): >>... In Deutschland klagt man unablässig über die politische Unreife und Unbegabung des Volkes, und seit der Errichtung der demokratischen Freiheit sucht man diesen Mängeln durch eine Überfülle von politischer Aufklärung abzuhelpfen. ...

Man trägt die Politisierung bis hinab in die Kreise der Schulkinder, die man zwar immer noch nicht in den staatsbürgerlichen und Verfassungs-Elementen unterrichtet, aber dafür doppelt eifrig mit Parteipolitik vergiftet, die sie noch absolut nicht zu verstehen und zu verdauen vermögen. Und da es gerade die radikalsten politischen Bewegungen von rechts und links sind, die ihre Agitation vorsätzlich unter die Schulkinder tragen, so wird diese geistig noch ganz wehrlose Jugend in den verschiedenen politischen Jugendorganisationen gerade mit den

schlimmsten politischen Exzentrizitäten bekanntgemacht.

Die Folge davon ist nicht nur, daß sich heute auch schon die "nationalsozialistischen" und "kommunistischen" Schulbuben bei jeder Gelegenheit in die Haare kriegen und ihre Keilereien unter "politischen" Schlagworten ausfechten; die viel schlimmere Folge davon ist, daß durch solche Agitationen die deutsche Seele schon in ihrem ersten Werden unfähig für ein nationales Einheitsempfinden gemacht wird. Politisierte Jugend, das ist der Wurzelschaden am Wachstum einer politischen Nation.<<

Julius Leber (1891-1945, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer) erklärt im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... (Nie werde es) eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

Die "Goldenen Zwanziger Jahre"

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands (überwiegend durch US-Anleihen) finanziert. Da die deutsche Reichsregierung nicht genügend Eigenkapital besaß, mußte sich der Staat zwangsweise immer höher verschulden. Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen.

Diese völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.

Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" ("Hoppla, wir leben noch") waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude (Charleston, modernen Lebensstil, weltoffene Künste usw.), dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung geprägt wurde.

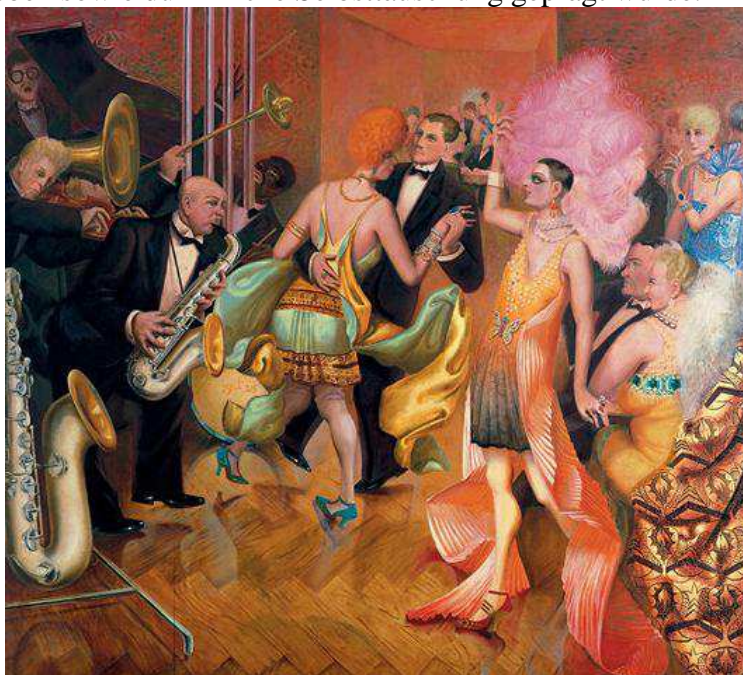


Abb. 59 (x149/51): "Großstadt" von Otto Dix, 1927/28.

Während sich die Schickeria der großen "Welle der Begierde" ("dem Tanz auf dem Vulkan")

hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebungen von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Der deutsche Schriftsteller Leonhard Frank (1882-1961) schrieb später über die "Goldenen Zwanziger" in Berlin (x149/50): >>Damals war die schöne Zeit. Von den Nachwirkungen des verlorenen Krieges war nichts mehr zu spüren. Die Wirtschaftsverhältnisse hätten nicht besser sein können, wenn Deutschland den Krieg gewonnen haben würde. ...

Ein neues Deutschland hatte sich herausgeschält. Eine Art Märchen von Aschenbrödel war für eine ganze Nation Wirklichkeit geworden.

Diese Zeit war der Beweis dafür, daß Wirtschaftskraft und –aufstieg auch das geistige und künstlerische Schaffen befruchten. ...

Die Bücherproduktion war größer als je. Die neue expressionistische Richtung, in Deutschland entstanden, beeinflusste die europäische Dichtung. Theater, Oper, Konzerthäuser waren überfüllt. Europäische Künstler aus Paris, London, Rom, die nach Berlin kamen, waren begeistert und wollten nicht mehr fort. Die Luft in Berlin war elektrisch geladen. ...<<

Polen: Der deutsch-polnische Streit um die Postverkehrs-Grenzlinie endet im Jahre 1925 mit der gewaltsamen Beschlagnehmung der Westerplatte (Landzunge im Norden des Danziger Hafens) durch polnische Truppen.

Danach beginnt ein deutsch-polnischer Handelskrieg, der bis 1933 dauert. Der deutsch-polnische Handel geht drastisch zurück und verursacht in Polen große wirtschaftliche Probleme (x064/132).

Österreich: Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichisch-ungarisch-japanischer Herkunft, Begründer der Pan-Europabewegung bzw. der Europäischen Union) schreibt im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie warnt bereits im Jahre 1925 vor dem nächsten Krieg (x903/..., x056/14): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zu-

kunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

>>Europäer! Europäerinnen!

In europäischen Fabriken werden täglich Waffen geschmiedet, um europäische Männer zu zerreißen. ... Europas Politik steuert einem neuen Kriege zu. ... Eine Krise löst die andere ab.

Dieser Vernichtungskrieg, den die europäische Politik vorbereitet, wird an Schrecklichkeit den (Ersten) Weltkrieg ebenso weit hinter sich lassen, wie dieser den deutschfranzösischen (Krieg von 1870/71). ... Sein Ziel (wird) die Ausrottung der feindlichen Nation (sein). ... Das zersplitterte Europa geht somit einer dreifachen Katastrophe entgegen; dem Vernichtungskrieg, der Unterwerfung durch Rußland, dem wirtschaftlichen Ruin.

Die einzige Rettung ... ist: Paneuropa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem Verband. Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden, durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag; die Gefahr der russischen Herrschaft ... nur ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis; die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... nur durch eine paneuropäische Zollunion. Der Schiedsvertrag sichert den Frieden – das Bündnis sichert die Freiheit – die Zollunion sichert die Wirtschaft.<<

UdSSR: Große US-Firmen (Ford, Austin-Companie, Arthur McKee und andere) unterstützen die Industrialisierung der Sowjetunion. Die nordamerikanischen Unternehmen stellen im Jahre 1925 erhebliche Kredite und Experten zur Verfügung, um Stahlwerke, Ölraffinerien, Staudämme und Industriebetriebe zu errichten (x068/210-211).

1926

Gib dich nicht lebend und freiwillig in Knechtschaft, solange es dir noch offen steht, frei zu sterben.

<i>Euripides (um 485-406 vor Christus, griechischer Dichter)</i>
--

30.01.1926

Deutsches Reich: Nach der verspäteten Räumung der Kölner Zone (vereinbarter Termin: 10.01.1925) finden im Deutschen Reich am 30. Januar 1926 große Befreiungsfeiern statt.

26.02.1926

Frankreich: Der französische Außenminister Briand berichtet am 26. Februar 1926 vor dem Parlament über den Vertrag von Locarno (x149/45): >>Er ist nicht abgefaßt und abgeschlossen worden, um der einen Nation auf Kosten der anderen Vorteile zuzuwenden. Um ihn zu würdigen muß man ihn in seinem wahren Geiste verstehen, und das ist nicht der Geist eines engen und egoistischen Nationalismus.

Er ist abgefaßt ... in einem europäischen Geist und für die Zwecke des Friedens. ... Das Beste an ihm ist, daß er den Völkern wieder Vertrauen gegeben hat, in einer Zeit, da alles dunkel war. ...<<

04.03.1926

Deutsches Reich: Reichskanzler Hans Luther (1879-1962, 1925/26 Reichskanzler) erklärt am 4. März 1926 vor ausländischen Journalisten in Berlin (x034/281): >>Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den ich auf das dringendste erhoffe, ist der Schlußtermin eines bedeutungsvollen Abschnitts der bisherigen Politik und soll gleichzeitig der Grundstein sein für die Fortsetzung der deutschen Wiederaufbaupolitik mit den Mitteln der internationalen Verständigung.<<

19.04.1926

Deutsches Reich: Am 19. April 1926 informiert Außenminister Stresemann den deutschen Botschafter in London über die Problematik der deutsch-polnischen Grenze (x034/289, x243/31): >>... Nur ein uneingeschränkter Wiedergewinn der Souveränität über die in Rede stehenden Gebiete (der Korridor, Danzig, Oberschlesien) ... kann uns befriedigen. ...<<

>>... Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich

gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat. ...<<

24.04.1926

Deutsches Reich: Angesichts der polnischen Aggressivität schließt Außenminister Stresemann mit der Sowjetunion am 24. April 1926 ein Freundschafts- und Neutralitätsabkommen (für den Fall, daß eine Partei von einem Dritten angegriffen wird) ab (x243/31): >>Art. 1. Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bleibt der Vertrag von Rapallo. ...

Art. 2. Sollte einer der vertragsschließenden Teile ... von einer dritten Macht ... angegriffen werden, so wird der andere vertragsschließende Teil ... Neutralität beachten.

Art. 3. Sollte ... zwischen dritten Mächten eine Koalition geschlossen werden, um gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen. ...<<

12.05.1926

Polen: Marschall Pilsudski, der einen noch größeren und stärkeren polnischen Staat anstrebt, marschiert am 12. Mai 1926 mit 15 Regimentern in Warschau ein.

Nach harten Straßenkämpfen, die etwa 300 Todesopfer fordern, übernimmt Pilsudski die Regierungsgewalt und beseitigt die demokratische polnische Regierung (x178/72). Nach dem Militärputsch herrschen in Polen diktatorische Verhältnisse.

18.05.1926

Deutsches Reich: Außenminister Stresemann lehnt Konrad Adenauer am 18. Mai 1926 als Kandidaten für das Amt des Reichskanzlers ab (x034/293): >>... Adenauer ist eine schwer zu behandelnde Persönlichkeit ... ein Mann der einseitigen Orientierung ...<<

10.09.1926

Schweiz: Am 10. September 1926 wird das bis dahin völlig isolierte Deutsche Reich in den Völkerbund aufgenommen und kehrt damit in die Völkergemeinschaft der Welt zurück.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die "Locarnopolitik" des Jahres 1926 (x063/551-552): >>... Der Geist von Locarno (bedeutete) eine große Hoffnung, damals, und wiederum für eine zukünftige Zeit. In neuer Form wurde das Erbe abendländischer Kultur aufgenommen. Ein brüderlicher Geist überwand den Völkerhaß, und bei der Jugend Europas erwachte das Bewußtsein, daß die Kriege des Abendlandes ein Ende finden müssen. Dem Geschlechte, das die Luft jener Frühlingstage atmen durfte, bleibt die Erinnerung als unverlöschliche Verheißung, daß die Geschichte nicht altert. Immer von neuem weiß sie die Geister und Führer zu finden für den Fortgang ihres großen Plans.

Zum erstenmal seit dem Waffenstillstand hatte sich Deutschland mit den anderen Mächten in Gleichheit zusammengefunden, wenn auch noch viele Fragen unerledigt blieben. Die Last der Reparationen war hart, und Deutschlands einseitige Entwaffnung war mit dem neuen Abkommen unvereinbar. Trotz starken französischen Druckes hat Stresemann es abgelehnt, ein "Ostlocarno" mit Polen zu schließen. Die Republik dachte nicht an Krieg, aber keine deutsche Regierung konnte die ungerechte Grenzziehung von Versailles freiwillig anerkennen. Der Weg für einen friedlichen Ausgleich durfte nicht versperrt werden. ...

Mit der Locarnopolitik und der europäischen Befriedung kehrte ein gewisses Maß von Wohlstand in Deutschland zurück. Die Republik erlangte sowohl durch fortschrittliche Gesetzgebung wie durch geistige, wissenschaftliche und künstlerische Leistungen einen neuen Rang in der Welt. Die deutschen Schulen und Universitäten zogen ausländische Schüler und Studenten an. Unablässig war die Republik bemüht, die Volksbildung zu heben.<<

1927

Wir Deutschen haben wie jedes andere Volk, ein Recht auf nationales Eigenleben und nationale Freiheit.

Carl von Ossietzky (1888-1938, deutscher Journalist und Schriftsteller)

18.06.1927

Schweiz: Der deutsche Außenminister Stresemann und der britische Außenminister Chamberlain verhandeln am 18. Juni 1927 in Genf über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes.

Juli 1927

Großbritannien: Die britische Regierung bricht im Juli 1927 alle diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab, als sowjetische Spionage- und Zersetzungstätigkeiten in Londoner Handelsvertretungen aufgedeckt werden (x125/171).

01.08.1927

UdSSR: Stalin droht am 1. August 1927 während einer Rede vor dem "Vereinigten Plenum des ZK der KPdSU" allen innenpolitischen Gegnern (x125/172): >>Genossen!

Wir stehen vor 2 Gefahren: Der Kriegsgefahr, die zu einer Kriegsdrohung geworden ist, und der Gefahr der Entartung einiger Glieder unserer Partei. Zur Vorbereitung der Verteidigung schreitend, müssen wir eine eiserne Disziplin in unserer Partei schaffen. Ohne diese Disziplin ist eine Verteidigung unmöglich.

Wir müssen die Parteidisziplin festigen, wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Partei desorganisieren. Wir müssen all denen einen Zaum anlegen, die unsere Bruderparteien im Westen und im Osten spalten. (Beifall)

Wir müssen all denen den Zaum anlegen, die unsere Bruderparteien im Westen spalten und dabei von solchen abgefeimten Gaunern wie Souvarine, Ruth Fischer, Maslow, dem Wirrkopf Treint unterstützt werden.

Nur so, nur auf diese Weise können wir dem Krieg wohlgerüstet begegnen, wobei wir gleichzeitig bemüht sind, durch gewisse materielle Opfer, die wir auf uns nehmen, den Krieg hinauszuzögern, Zeit zu gewinnen, uns vom Kapitalismus loszukaufen.

Das müssen wir tun und das werden wir tun.

Die zweite Gefahr ist die Gefahr der Entartung. Woher droht sie? Von dort! (Zeigt auf die Opposition) Diese Gefahr muß liquidiert werden! (Anhaltender Beifall) ...<<

18.09.1927

Deutsches Reich: Während der sogenannten "Tannenbergfeier" erklärt Reichspräsident von Hindenburg am 18. September 1927 zur Kriegsschuld der Deutschen (x034/348): >>... Die Anklage, daß Deutschland schuld sei, an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk ... in allen seinen Schichten einmütig zurück. ... Der Krieg war für uns vielmehr das äußerste ... Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber.<<

05.11.1927

UdSSR: Stalin verteidigt am 5. November 1927 während eines Treffens mit ausländischen Arbeiterdelegationen den Einsatz der sowjetischen Geheimpolizei (x245/176): >>... Die GPU oder Tscheka ist ein Straforgan der Sowjetmacht. Dieses Organ ist dem Sicherheitsausschuß mehr oder weniger analog (ähnlich), der während der Großen Französischen Revolution geschaffen wurde. ... Es stellt eine Art politischen Kriegstribunals dar, das zum Schutze der Interessen der Revolution gegen Anschläge seitens konterrevolutionärer Bourgeois und ihrer Agenten geschaffen wurde. ..

Man predigt großmögliche Milde, man gibt den Rat, die GPU abzuschaffen. ... Kann man aber dafür bürgen, daß nach der Abschaffung der GPU die Kapitalisten aller Länder aufhören werden, konterrevolutionäre Gruppen von Verschwörern, Terroristen, Diversanten, Brandstiftern, Bombenattentätern zu organisieren und zu finanzieren? ...

Wir sind ein Land, das von kapitalistischen Staaten umringt ist. Die inneren Feinde unserer Revolution sind eine Agentur der Kapitalisten aller Länder. ... Indem wir gegen die inneren Feinde kämpfen, führen wir folglich den Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente aller Länder. ...

Nein, Genossen, wir wollen nicht die Fehler der Pariser Kommunarden wiederholen. Die Revolution braucht die GPU, und die GPU wird bei uns weiterbestehen zum Schecken der Feinde des Proletariats. ...<<

14.11.1927

UdSSR: Stalin läßt am 14. November 1927 seine größten Widersacher Leo Trotzki, Grigori J. Sinowjew und Lew B. Kamenew aus der Partei ausschließen und nach Kasachstan verbannen oder nach Sibirien deportieren (x175/241-242).

1927

Polen: In den Jahren 1927-28 werden unentwegt Abgeordnete der Opposition verhaftet und die polnische Verwaltung von Regimegegnern gesäubert (x064/130).

UdSSR: Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtet im Jahre 1927 über das 10jährige Jubiläum der Sowjet-Republik (x269/258-262): >>... Am 7. November sind es zehn Jahre, daß nach blutigen Kämpfen in Petersburg und anderen Städten Rußlands die Regierung der Sowjets aufgerichtet wurde. Wenige Menschen in Europa hätten damals Lenin und seinen Freunden, den neuen Machthabern, (eine) so lange Fortdauer ihres Werkes vorausgesagt. ...

Was hat diese Regierung dem russischen Land und Volk in den zehn Jahren ihres Bestehens gebracht, was hat sie genommen? ... Verloren ging Finnland, verloren ging Polen! Verloren waren die Randstaaten Estland, Lettland und Litauen, die wirtschaftlich auf Rußland angewiesen sind, ebenso wie Rußland sie zum Zugang zum Meer brauchte. Und als ewig brennende Wunde wurde auch der Verlust der von Rumänien annektierten Provinz Bessarabien von den Vorgängern übernommen.

Verlorengegangen ist mit dem alten Reich auch der Name "Rußland" als Reichsidee. Planvoll sprechen die heutigen Machthaber nicht mehr von Rußland als Reich, sondern von der "Sowjetunion", einem Bund der Staaten, die sich nach dem politischen System der Sowjets regieren. Rußland ist in dieser Union ein Teilstaat, freilich der größte, wie Preußen im Deutschen Reich und England in Großbritannien. ... So sind im Sowjetreich die Republiken der Ukrainer, Kaukasier, Turkmenen usw. formell der "Republik Rußland" gleichgestellt, in der Praxis freilich werden sie doch von Moskau aus regiert. Nützen tut ihnen die Scheinfreiheit auch sonst nicht, denn es gibt ja keine freie politische Betätigung im Innern Rußlands.

Die Bevölkerung gliedert sich nicht nach politischen Parteien, sie zerfällt vielmehr in eine ungeheure Masse der willenlos Beherrschten und eine verhältnismäßig kleine Schicht der Herrschenden. ... Die Herrschenden sind die in einer raffinierten Parteiorganisation zusammengeschlossenen Kommunisten. ...

Der geistige Druck in diesem riesigen Reich ist ungeheuer. Was den Anschauungen der regierenden Kommunistischen Partei, genau gesagt, des kleinen Personenkreises der höchsten Parteibeamten, nicht gemäß ist, wird unterdrückt. In diesem Land gibt es keine Presse, die nicht nach dem Diktat der Machthaber schreibe, gibt es keine öffentliche Stimme, die von der Parlamentstribüne oder im Versammlungssaal einer anderen Meinung Ausdruck geben könnte. Eine weitverzweigte politische Polizei, die man in Europa unter dem inzwischen abgelegten Namen "Tscheka" kennt, mit Methoden und nicht wenigen Beamten, die aus der ehemaligen zaristischen Gendarmerie übernommen wurden, wacht darüber, daß jeder Versuch eines Gegendrucks von unten her sofort erstickt wird. ...

... Der Despotismus wird ungeschwächt von einer kleinen Zahl von Männern ausgeübt. Nicht anders, als in Italien von Mussolini und seinen Faschisten ... Und wer nicht sterben will, der liegt im Staube vor den Machthabern wie Asiaten vor ihrem Großherrscher.

Machtmittel zur Beherrschung und Knechtung ist ein militärischer Apparat. Mit seiner Hilfe halten sich die Kommunisten am Ruder wie mit Hilfe ihrer Polizei. War das zaristische Rußland eine ungeheure Militärmacht, so ist auch Sowjet-Rußland ein militaristischer Staat. Die Kriegstüchtigkeit der Roten Armee ist zwar noch nicht erprobt, aber im Geiste eines Militarismus wird die ganze heranwachsende Jugend gedrillt. Einer der ersten Eindrücke, den der Fremde in Moskau erhält, ist der der mit Trommeln und Fahnen durch die Straßen ziehenden Kinderscharen der "Pioniere" ...

... Was bietet der Sowjetstaat nun seinen Bürgern für den Verlust gewisser politischer Freiheiten und eines früher zum Teil aufrechterhaltenen Lebensstandards? Der Sowjetstaat antwortet zunächst, daß unter dem Zarismus ja auch nicht gerade ein freiheitliches Leben geherrscht hat. Und das materielle Los des russischen Volkes war unter dem Zarismus ebenfalls nicht beneidenswert, denn ein prächtiges Leben konnte nur eine kleine Herrenschaft führen, und diese war mit einer beispiellosen Verelendung der Massen erkaufte. Das Entscheidende war nun freilich: Geht es den Massen jetzt besser?

Darauf ist zu antworten, daß die Lebenshaltung der Massen gegen früher nicht besser geworden ist. Selbst wenn man von den besonderen Verhältnissen der Moskauer Wohnungsnot abieht, gegen die unsere Enge ein Kinderspiel ist, ist die Lebenshaltung der russischen Bevölkerung so elend wie nie zuvor. ...<<

Frankreich: In Elsaß-Lothringen fordert der deutsche Heimatbund im Jahre 1927 einen eigenen Landtag, Selbstverwaltung und größere Unabhängigkeit. Die französische Regierung reagiert danach mit radikalen, gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen.

1928

In Deutschland wählte der Patriotismus die aggressive Form. Die Liebe zum Heimischen kleidete sich in den Haß gegen Fremdes. Es herrschte ein Mangel an Selbstgefühl und Sicherheit.

Walther Rathenau (1867-1922, deutscher Politiker)

24.02.1928

USA: Am 24. Februar 1928 macht Parker Gilbert (1892-1938, nordamerikanischer Finanzpolitiker und US-Reparationsagent) in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfiehlt eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).

18.04.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann erklärt am 18. April 1928 auf der 48. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages (x034/368): >>... Wir leiden unter den Reparationslasten, die Verkehr und Industrie hemmen.<<

20.05.1928

Deutsches Reich: 17 Monate vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ist die NSDAP noch eine völlig bedeutungslose Partei. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erreicht die NSDAP lediglich 12 Mandate und erhält nur 2,4 % aller abgegebenen Stimmen (KPD = 54 Mandate und 11,0 %). Die radikalen Parteien lassen sich jedoch trotz aller Rückschläge nicht beirren und führen weiterhin publikumswirksame Aufmärsche, Massenkundgebungen und Parteitage durch.

28.06.1928

Polen: Der ehemalige nationaldemokratische Politiker Prälat Klos erklärt am 28. Juni 1928 während eines Banketts zu Ehren des Polnischen Nationalkomitees (x309/211-214): >>... Wir haben ein anderes Polen erwartet, so wenig die Bedeutung der historischen Tatsache erkannt haben, die am 28. Juni 1919 im historischen Saale von Versailles vollzogen wurde?

Sollte gerade bei Bewohnern der westlichen Teilgebiete so schnell in Vergangenheit geraten

sein, was uns der heutige Nachbar im Westen, damals einer unserer Tyrannen gewesen ist? Nicht um irgendwelches Feuer des Hasses zu schüren. Gott bewahre, sondern zu einer meisterhaften Charakteristik führe ich die Worte an, mit denen der alte slawische Gefangene Dembiec in den 'Gefangenen' Lucjan Rydels das Grauen der deutschen Herrschaft malt:

'Wohin der Deutsche seinen Fuß stellt,
Dort blutet die Erde hundert Jahre.
Wo der Deutsche Wasser schöpft und trinkt,
Dort fault die Quelle hundert Jahre.
Dort, wo der Deutsche dreimal Atem holt,
Dort wütet hundert Jahre die Pest.
Wenn der Deutsche die Hand reicht,
So geht der Friede in Trümmer.
Denn alles ist ihm im Wege,
Wenn er nicht regieren kann.
Die Frösche quaken im Teiche,
Aber deutsch quaken wollen sie nicht.
Selbst der Vogel im Walde ärgert den Deutschen,
Da er nicht deutsch singen und zwitschern will.
Und hättest du tausend Jahre etwas in
deinem Besitz,
Der Deutsche ist bereit zu schwören,
daß es ihm gehöre.
Die Starken betrügt er,
Die Schwachen beraubt und würgt er!
Und führte ein direkter Weg zum Himmel,
Er würde sich nicht scheuen, Gott zu berauben.
Und wir werden es noch erleben,
Wenn der Deutsche die Sonne vom Himmel stiehlt.'

Für uns ist das alles weder ein Geheimnis noch eine besondere Neuigkeit; wir haben es am eigenen Leibe gespürt, und deshalb haben wir vor allem das Recht und die Pflicht zu rufen: Gesegnet sei der Versailler Vertrag und die Menschen, die segensreiche Werkzeuge der Vorsehung waren! ...

Ohne die Arbeit des (Polnischen) Nationalkomitees und seines Vorsitzenden (Roman Dmowski) hätte sich Polen nicht an den Tisch der Friedenskonferenz gesetzt, sondern im Vorzimmer warten müssen, wie zum Beispiel Rumänien und andere Staaten. ...

Möge Gott euch, unermüdliche Arbeiter des Polnischen Nationalkomitees, dafür lohnen, was ihr für das freie Vaterland getan habt! Der Dank des Volkes, wenigstens der großen Mehrheit, die zu schätzen weiß, was der Versailler Vertrag für das Volk ist und was mit Polen geschehen wäre, wenn nicht der Vertrag gewesen, ist auf eurer Seite!

Zu Händen des Herrn Roman Dmowski trinke ich auf das Wohl des ganzen Polnischen Nationalkomitees: Sie sollen leben!<<

27.08.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann kritisiert am 27. August 1928 die zunehmende Amerikanisierung der Deutschen (x063/554-555): >>... Wir sind im gegenwärtigen Deutschland mehr amerikanisiert als irgendeine andere Nation in Europa. Wir arbeiten zu viel. Wir sind ein Volk der Hast und Unruhe der Großstädte geworden. Unsere Presse gibt die Sensationen wieder, die heute dem Menschen hundertfache Eindrücke übermitteln und ihm das Bild zeigen, das durch Amerika zunächst den Völkern der Welt vor Augen geführt wird. Im Innern aber lebt unbewußt der Gedanke, daß wir in diesem modernen Leben ein Stück un-

serer Seele verloren haben.

Wien und Österreich steht uns vor Augen als ein Land, das anders lebt als wir, das, wenigstens früher, ruhiger und beschaulicher war. Aus jener Stadt und jenem Land klingen uns die Namen Mozart und Schubert entgegen. Dort bedeutet Theater und Literatur noch mehr als Boxkampf. (Im österreichischen Volke, das aus Menschen unseres Blutes besteht), suchen wir unsere eigene verlorene Seele ...<<

30.10.1928

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung verlangt am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler trifft am 30. Oktober 1928 erstmals den Dichter Bertolt Brecht.

Harry Graf Kessler schreibt damals über Brecht (x034/386): >>... Auffallender Dekadentenkopf, fast schon Verbrecherphysiognomie, sehr dunkel, schwarzes Haar, schwarze Augen, dunkle Haut, ein eigenartig lauernder Gesichtsausdruck: fast der typische Ganove. Aber wenn man mit ihm spricht, taut er auf, wird fast naiv. ... Er ist jedenfalls ein "Kopf".<<

14.11.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann warnt am 14. November 1928 während einer Pressekonferenz vor den Folgen der zu hohen Auslandsverschuldung (x149/51): >>Ich möchte Sie bitten, bei Ihren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und auch der anderen hiermit zusammenhängenden Fragen den Gedanken zugrunde zu legen, daß wir in Deutschland in den letzten Jahren von gepumptem Gelde gelebt haben. Wenn einmal eine Krise bei uns kommt und die Amerikaner ihre kurzfristigen Kredite abrufen, dann ist der Bankrott da. ...<<

17.11.1928

Deutsches Reich: General Werner von Blomberg (1878-1946, Chef des Truppenamtes, später Oberbefehlshaber der Wehrmacht) berichtet am 17. November 1928 nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion (x034/388): >>... Unsere Unternehmungen in Rußland (Fliegerschule, Tank- schule, Gasversuche) stehen auf durchaus gesunder Grundlage. Die Möglichkeit, diese für unsere Rüstung lebenswichtigen Einrichtungen weiter zu betreiben, muß erhalten bleiben. ... Die Zusammenarbeit der beiden Armeen ist daher auch weiterhin notwendig.<<

1928

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich geht es im Jahre 1928 ständig weiter aufwärts. Die deutschen Industriebetriebe orientieren sich konsequent nach nordamerikanischen Produktionsmethoden (Arbeitsteilung, Fließbandfertigung etc.) und werden zielstrebig modernisiert. Die deutsche Handelsflotte belegt nach England, Nordamerika und Norwegen schon wieder den 4. Platz (1914 = 5,5 Millionen BRT, 1918 = 0,67 Millionen BRT und 1930 = 4,2 Millionen BRT).

Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich mit harter, unermüdlicher Arbeit und großem Fleiß viele verlorene deutsche Absatzmärkte zurück. Aufgrund ihrer hervorragenden Qualität erobert besonders die deutsche Exportindustrie (Maschinen, Werkzeuge, Elektrogeräte und Chemierzeugnisse) schon bald wieder alle Erdteile.



Abb. 60 (x175/236): Daimler Benz: Wahlplakat des 1926 neu entstandenen Berliner Automobilkonzerns.

Trotz alledem erhöht sich die Verschuldung des deutschen Staates von Jahr zu Jahr. Die Kredite sind schließlich doppelt so hoch wie die gezahlten Reparationen (x069/149).

Angesichts der bereits geleisteten gewaltigen Reparationszahlungen sind die Leistungen der bisherigen Nachkriegsregierungen wahrhaftig erstaunlich. Ungeachtet der finanziellen Probleme und der großen sozialen Spannungen der zurückliegenden Jahre verfügt das Deutsche Reich wieder über ein erstaunlich gefestigtes und geordnetes Staatswesen. Der Arbeitsfrieden ist gesichert. Die Wohlfahrtsämter und Sozialbehörden versorgen und unterstützen Millionen von Kriegsoptionen sowie mehr als 3,0 Millionen verarmte deutsche Staatsbürger (x059/60). Der Staat fördert den Wohnungsbau (in 10 Jahren werden rund 3,0 Millionen neue Wohnungen erstellt). Das Erziehungswesen und die deutschen Schulen gelten, auch nach internationalen Maßstäben, wieder als vorbildlich und richtungsweisend.

Berlin entwickelt sich in jener Zeit zum europäischen Mittelpunkt der Künste (Theater, Film, Rundfunk) und wird zum Treffpunkt für Künstler aus aller Welt.

UdSSR: Gemäß Lenins Devise - "aufzuholen um zu überholen" - ordnet Stalin ab 1928/29 die Industrialisierung des russischen Agrarstaates an. Der "erste Fünfjahresplan" wird mit unerbittlicher Härte und gigantischen Anstrengungen durchgesetzt. Der Aufbau bzw. die Modernisierung der sowjetischen Schwer- und Rüstungsindustrie fordert riesige Opfer und geht zwangsläufig zu Lasten der Verbrauchsgüterproduktion.

Von 1928 bis 1933 rüstet die sowjetische Schwerindustrie die Rote Armee mit modernen Panzern, Kanonen und Flugzeugen aus. Von der übrigen Welt zunächst wenig beachtet, besitzt die Rote Armee relativ schnell das größte Landheer der Welt (x059/37). Durch die völlig überzogene Rüstungspolitik werden die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Sowjetunion jedoch ständig größer.

Die UdSSR ist außenpolitisch fast vollständig isoliert. Da sich die Sowjets starrsinnig weigern, die riesigen Schulden und Zahlungsverpflichtungen Rußlands (aus den Jahren 1880-1917) zu übernehmen, erkennt Nordamerika die Sowjetunion bis 1933 diplomatisch nicht an. Die Franzosen und Briten zeigen damals auch kein Interesse an dem offensichtlich geschwächten Bündnispartner des Ersten Weltkrieges.

Die KPdSU berichtet später über Stalins ersten Fünfjahresplan (x191/68): >>Als Ergebnis des ersten Fünfjahresplanes wurde in unserem Lande das unerschütterliche Fundament der sozialistischen Wirtschaft gelegt, nämlich eine erstklassige sozialistische Schwerindustrie und die kollektive, maschinisierte Landwirtschaft aufgebaut, es wurde die Arbeitslosigkeit beseitigt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und die Bedingungen für eine ununterbrochene Verbesserung der materiellen Lage und der Erhöhung des Kulturniveaus der Werktätigen ... geschaffen. ...<<

Ein sowjetischer Ingenieur berichtet später über die praktische Ausführung des ersten Fünfjahresplanes (x191/69): >>Alles, was wir der Führung vorschlagen, wird kritisiert. Es wird nach politischen statt nach technischen Gesichtspunkten beurteilt. ... Wir müssen gehorchen, auch wenn es sinnlos ist. ...

Es gibt wohl viele Beamte, die uns beaufsichtigen, aber wenige, die uns helfen. Das Betriebskomitee der Partei kontrolliert, das Stadtkomitee kontrolliert, die GPU kontrolliert. ...

Wie es jetzt aber steht, brauchen wir mehr Zeit mit Sorgen, was wohl dieser oder jener denkt, als mit wirklicher Ingenieur- und Aufbauarbeit. ...

Die GPU hatte ihre Augen und Ohren sorgfältig verteilt, damit ihr auch das Geheimste nicht verborgen blieb. Ich stellte fest, daß hinter dem Rücken der formalen Behörden und Wirtschaftsleitern ein Netz von Spionen stand. ... Hinter der scheinbaren Regierung stand die wirkliche Regierung. ...<<

Ein ausländischer Zeitzeuge berichtet später über Stalins ersten Fünfjahresplan (x191/67-68): >>... Mit den primitivsten Werkzeugen und unter weitgehendem Verzicht auf Hilfsmittel, die

im Westen für unentbehrlich gehalten werden, wurden in der Sowjetunion Dinge vollbracht, die uns Ausländer in Erstaunen versetzten.

Infolge der mit rücksichtslosen Zwangsmitteln durchgeführten Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe fehlte es den Industriebetrieben nicht an Arbeitskräften. Die Bereitstellung von Unterkünften für sie hielt jedoch mit dem Bedarf nicht entfernt Schritt. Die Folge davon war, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Umgebung von Stalingrad, Magnitogorsk und Kusnezsk unterkommen wollten, in Erdhöhlen hausen mußten, die sie in die umliegenden Hügel gruben.

Daß unter solchen Lebensbedingungen und bei dem bestehenden Mangel an Lebensmitteln ... Menschen existieren und nutzbringende Arbeiten verrichten konnten, war nur durch die sprichwörtliche Leidens- und Entbehrungsfähigkeit des russischen Volkes zu erklären.<<

Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) berichtet später über Stalins Politik der Fünfjahrespläne (x058/313-314): >>... Sozialismus und industrielle Entwicklung stehen nach marxistischer Lehre in einem unlösbaren Zusammenhang, denn die technische Vervollkommnung der Maschinenindustrie und die ihr gemäße Wirtschaftsform des Kapitalismus bringen ja erst das Proletariat hervor, dem es bestimmt ist, die sozialistische Endphase der Weltgeschichte zu verwirklichen. Aber was aufgrund der westeuropäischen Erfahrungen ursprünglich als ein kausaler Zusammenhang gedacht war, daß mußte auf russischem Boden zu eine finalen These werden. Lenin gab ihr die Formel, daß der Kommunismus - das Ziel - in einer Verbindung von Sowjetmacht und Elektrifizierung bestehe. ...

Mit dem unfehlbaren Instinkt des Machtmenschen hatte er (Stalin) schon bisher alles getan, im Staat der Sowjetunion eine solide Machtbasis für die Herrschaft der kommunistischen Partei aufzubauen, und nach dem Tode Lenins diesen in weltrevolutionärer Perspektive nationalen Egoismus mit der Losung vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande begründet. Für ihn führte nur ein Weg zur Weltrevolution - der Weg unbegrenzter Machtvermehrung des russisch geführten Sowjetstaates. Wie sollte diese aber unter anderen, kapitalistisch-feindlichen Mächten auf die Dauer bestehen und ihnen am Ende überlegen werden, ohne die Schaffung eines entsprechenden Industriepotentials?

Die forcierte Industrialisierung, die der 15. Parteikongreß im Dezember 1927 mit "Direktiven für die Erstellung eines Fünfjahresplanes der Volkswirtschaft" einleitete, diente nicht in erster Linie dem sozialen Fortschritt – der wäre auf weniger gewaltsame Weise leichter zu erreichen gewesen -, sondern dem beschleunigten Wachstum der Macht.

Es ist der unbestreitbare Vorzug des totalitären Systems, daß es ohne Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der Bevölkerung jeweils alle verfügbaren Mittel für den angestrebten Zweck einsetzen kann. Der Industrialisierung, genauer dem Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie, wurde nun alles geopfert, vor allem das einzige, an dem auch das sowjetische Rußland noch reich war - Menschen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Unterstützung des ersten sowjetischen Fünfjahresplanes (x068/210-211): >>Die USA unterhielten keine diplomatischen Beziehungen zu der jungen Sowjetunion. Da sei "keine gemeinsame Basis" gegeben, schrieb Staatssekretär Colby im August 1920 auf eine Anfrage der italienischen Regierung. "Da ist keinerlei gegenseitiges Vertrauen noch Glauben, ja nicht einmal Achtung ..."

Doch Geschäfte machten die Amis, wie übrigens auch europäische Staaten, nicht zuletzt England, mit den Kommunisten. Allein Anfang der zwanziger Jahre lieferten die USA Maschinen im Wert von 37 Millionen Dollar in die Sowjetunion, verkaufte ihr die "International Electric" Geräte für mehr als 20 Millionen Dollar, bekam die "Standard Oil" das Recht auf Ölbohrungen, erwarb man die Erlaubnis zu Goldschürfungen am Amur. ...

Ohne die USA wäre der erste Fünfjahresplan gescheitert. Eine ganze Experten-Flut kam aus

den Staaten, Spezialisten für Telephon-, für Bergbau, für die Erstellung von Industrie- und Montagehallen, Spezialisten für Traktoren, für Autos. Allein Ford kassiert 30 Millionen Dollar für die Schaffung der sowjetischen Autoindustrie an der Mündung der Oka bei Gorki, wo man 1923 bereits 140.000 Autos produziert; in Stalingrad 50.000 Traktoren. Die "Austin-Companie" von Ohio errichtet die erste bolschewistische Musterstadt.

Die "Arthur McKee Co.", Cleveland, erstellt für 800 Millionen Rubel das Zentrum der sowjetischen Eisen- und Stahlindustrie, das entscheidende Schlüsselwerk, wie man schrieb, für das Gelingen des Fünfjahresplanes. Die Amerikaner bauten auch die Ölraffinerien in Baku, sie rüsteten die neuen Stahlzentren im Ural aus, sie ermöglichten die sowjetische Baumwollproduktion durch Bewässerung der zentralasiatischen Ebenen. Sie schufen sogar in Rekordzeit, in Dnjepropetrowsk, den größten Staudamm der Welt.

Erst bauten die USA die Sowjetunion mit auf. Dann gewannen sie allein mit deren Hilfe den Zweiten Weltkrieg. Und danach ruinierten sie Rußland durch einen gigantischen, mitunter an den Rand eines neuen Weltkrieges führenden Rüstungswettlauf. ...<<

Im Rahmen der rigorosen sowjetischen Zwangskollektivierung läßt Stalin von 1928 bis 1933 über 5,0 Millionen russische Kulaken (Großbauern) in die Straflager des Fernen Ostens verbannen. Insgesamt werden mehr als 20,0 Millionen Mittel- und Großbauern ohne Entschädigung enteignet (x059/36).

Stalins unmenschliche Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft trifft auch die volksdeutschen Bauern äußerst schwer. Ungezählte Rußland-Deutsche werden wegen "Spionage" und "Verschwörung" liquidiert oder verschleppt.

Augenzeugen berichten später über die Liquidierung des russischen Kulakentums und die Kollektivierung der Landwirtschaft (x191/68-69, x243/128-129): >>... Im Hinterhof standen etwa 20 Bauern, junge und alte, mit Bündeln auf dem Rücken, bewacht von GPU-Soldaten (sowjetische Geheimpolizisten) mit gespanntem Revolver. Einige weinten, die anderen ... (reagierten) mürrisch, verzweifelt und hoffnungslos.

Dies also war die "Liquidation der Kulakenklasse"! Einfache Bauern wurden von ihrem Grund und Boden verschleppt, all ihrer irdischen Güter beraubt und nach irgendeinem weitentfernten Holzfällerlager oder zu Bewässerungsarbeiten verschickt.

Aus irgendeinem Grunde ließ man diesmal die Familien zurück. Ihre Schreie durchschnitten die Luft. ... Als ich niedergeschlagen, beschämt und hilflos dastand, schrie eine Frau mit unirdischer Stimme auf. Jedermann schaute in die Richtung des Schreies, und ein paar GPU-Männer stürzten auf die Frau zu. Ihre Haare waren aufgelöst. Sie trug ein brennendes Kornbündel in den Händen. Noch ehe sie jemand erreichen konnte, hatte sie das brennende Bündel auf das Strohdach des Hauses geschleudert, das augenblicklich in Flammen aufging.

"Ketzer! Mörder!" schrie die Wahnsinnige. "Unser ganzes Leben haben wir für unsere Häuser gearbeitet. Ihr sollt es nicht bekommen. Die Flammen sollen es haben!" Ihre Schreie verwandelten sich plötzlich in verrücktes Gelächter. ...

Am unirdischsten mutete ... der Anblick der GPU-Beamten an, die so gleichmütig aussahen, als sei dies alles ein tägliches Einerlei und die brennende Hütte ein Freudenfeuer zu ihrer Unterhaltung. ..

Nach den Massenverhaftungen traten die wenigen zurückgebliebenen Unentwegten "freiwillig" in das Kolchos ein. ...<<

>>... Die durchgängige Kollektivierung wurde "auf der Basis der Liquidierung des Kulakentums als Klasse" durchgeführt, wobei eigentlich jeder beliebige wohlhabende Bauer als Kulak, ländlicher Ausbeuter galt. Mehr als 5 Millionen solcher "wohlhabender" Bauern wurden "ausgemerzt".

Man nahm ihr gesamtes Hab und Gut und verschickte sie in Gruppen mit der Bahn nach Nordsibirien oder in den Fernen Osten. Die Familien wurden zerrissen, die Männer zu Wald-

arbeiten, zum Bau von Eisenbahnen, z.B. der Baikal-Amur-Bahn, die Frauen mit Kindern zur Fischverarbeitung und anderen Arbeiten eingesetzt. Sie lebten in Zelten, in Schuppen oder Erdhütten. Wer nicht fliehen konnte, war nach spätestens 3 Jahren dem Tode geweiht. Kein Wunder, daß ausländische Berichterstatter bei uns damals "keine Unzufriedenen" antrafen. ... Die Liquidierung des Kulakentums sollte die Massen der Bauernschaft terrorisieren und ihren Widerstand gegen den Plan der "durchgängigen Kollektivierung" brechen. Jeden, der sich wehrte oder auch nur Zweifel äußerte, erklärte man kurzerhand für einen Kulakenfreund, was entsprechende Folgen hatte.

Bewaffnete Obrigkeit berief Bauernversammlungen unter Bewaffnung ein, überredete, drohte und zählte die Stimmen, wobei die Pistole als Wegweiser diente. Es wurde eine neue, vereinfachte Abstimmungsart erfunden - man fragte nur: "Wer ist dagegen?" manchmal wurde hinzugefügt: "Gegen die Parteilinie und die Arbeiter- und Bauernregierung?"

Meldete sich niemand, weil er nicht noch in der gleichen Nacht nach Sibirien verschickt werden wollte, so galt der Antrag auf Errichtung einer Kolchose, einer Kollektivwirtschaft, als einstimmig angenommen, was im Protokoll festgelegt und den vorgesetzten Behörden zur Veröffentlichung in triumphalen statistischen Aufstellungen – bei uns liebt man Zahlen sehr – und in frohlockenden Zeitungsartikeln gemeldet wurde. ...<<

Churchill berichtet später über ein Gespräch mit Stalin (x073/60): >>Sagen sie mir, fragte ich, bereitet Ihnen der Krieg persönlich ebenso große Schwierigkeiten, wie Sie sie bei der Einführung der Kollektiv-Landwirtschaften überwinden mußten? – Nein, nein, erwiderte er, die Kollektivierung der Landwirtschaft hat einen furchtbaren Kampf gekostet. ... Zehn Millionen, sagte er, die Hände hochhebend. Es war furchtbar, vier Jahre habe ich kämpfen müssen. ... Es war alles sehr schlimm und schwierig – aber notwendig. –

Wie spielte es sich ab?, fragte ich. – Ja nun, sagte er, viele haben eingewilligt, mit uns mitzutun, einigen wurde in den Provinzen Tomsk, Irkutsk und noch weiter nördlich eigener Boden zur Kultivierung gegeben, aber die große Masse war sehr unbeliebt und ist von ihren Knechten umgebracht worden. ...<<

Der deutsche Historiker Hans Raupach (1903-1997) schreibt später über die Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft (x058/313): >>... Die politisch gezielte Diffamierung und Vernichtung der "Kulaken als Klasse" kann nicht davon ablenken, daß es um die Transformierung der Arbeitsverfassung und Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft ging.

Die Kollektivierung läßt sich als logischer Ausweg aus einem sonst nicht zu lösenden Dilemma darstellen oder auf die vereinfachte Formel bringen, daß die Sowjets im Grunde genommen in den Getreidesteppen nur die Form der Gutswirtschaft wiederhergestellt haben, welche ehemals hohe Überschüsse unter Verwendung von Großmaschinen ermöglicht hatte. ...

In der bolschewistischen "Revolution von oben" liegt aber eine Umkehrung und Pervertierung des historischen Prozesses vor, wie er durch die radikal-liberale Umwälzung von 1917 eingeleitet und von W. I. Lenin in der Idee einer freiwillig-genossenschaftlichen Evolution weitergedacht worden war. Die kalte Formel "Liquidierung der Kulaken als Klasse" enthält die anti-humanistische Wendung in der bolschewistischen Revolution, jedenfalls in den Augen derer, welche bis dahin die Oktoberrevolution als historisch-legitime Nachfolgerin in der Kette der Umwälzungen des Zeitalters des Fortschritts angesehen haben.

Die Sozialgeschichte überliefert keinen vergleichbaren Vorgang, bei dem so wie hier eine soziale Schicht unter berechnendem Einsatz eines ganzen wirtschaftlichen und massenpsychologischen Instrumentariums vernichtet wurde, obwohl sie nichts anderes getan hatte, als die ihr eingeräumten Chancen wirtschaftlich nutzbringender Betätigung wahrzunehmen, ohne dabei Gebote der Menschlichkeit zu verletzen.

Die offizielle Geschichtsschreibung versucht heute ebenso wie Stalin damals, Ausschreitungen auf "unverantwortliche Genossen" abzuwälzen. Sie wird jedoch kaum umhin können, sich

einmal zu den moralischen Kosten der primären Kapitalakkumulation ebenso zu bekennen wie der von ihr so verdamnte liberale Kapitalismus.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Stalins rücksichtslose Umgestaltung der sowjetischen Landwirtschaft (x192/435): >>Die staatlichen Pläne zur Versorgung der Städte mit ausreichend billiger Nahrung richteten sich gegen die Interessen der wohlhabenden Bauern (Kulaken), die einen Großteil der in den Städten verbrauchten Lebensmittel lieferten. Sie wollten den bestmöglichen Preis für die Produkte erzielen und waren daher verständlicherweise erbitterte Gegner der neuen, von Stalin eingeführten Agrarpolitik, welche die Zusammenlegung aller bäuerlichen Betriebe zu Kollektiven mit vorgegebenen Produktionsquoten und einer staatlich eingesetzten Verwaltung anordnete. Die Ernten der Großbetriebe mußten zu künstlich niedrig gehaltenen Preisen an den Staat verkauft werden, der sie zur Versorgung der Städte benötigte.

Der Widerstand der Kulaken gegen die Kollektivierung führte zu Problemen bei der Nahrungsmittelversorgung der Städte – eine Herausforderung, die Stalin nicht ignorieren konnte. Hunderttausende Kulaken wurden massakriert oder zur "Umerziehung" in sibirische Arbeitslager gebracht. Bis 1934 waren – um einen erschreckend hohen Preis – 200.000 landwirtschaftliche Kollektive eingerichtet worden, und die Sowjetunion schien nach 2 Jahrzehnten der Umwälzungen am Beginn einer Periode relativer Ruhe zu stehen. ...<<